Fraktion aktuell.

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

75 | 30.09.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

in einer Zeit, da Flucht und Vertreibung wieder zunehmen, hat eines unserer zentralen Projekte aus den vergangenen Jahren Gestalt angenommen: die Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans.

14 Jahre nach dessen Erstauflage liegen nun ein Strategiepapier und Handlungsempfehlungen dafür vor, wie Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte noch besser in unsere Stadtgesellschaft integriert werden bzw. am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt teilhaben können. Im „WIR 2.0“ befasst sich ein eigener Teil damit, wie die Stadtverwaltung diesen Weg selbst beschreiten und unterstützen kann. Insgesamt ist der „WIR 2.0“ ein ebenso wichtiges Zeichen für den Zusammenhalt in schwierigen Zeiten, wie es auch die vor zwei Wochen besiegelte Solidaritätspartnerschaft mit Mykolajiw in der Ukraine darstellt.

Eine interessante Lektüre wünscht

Lars Kelich

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

„WIR 2.0“ – der neue Lokale Integrationsplan

Unter dem Titel „WIR 2.0 – Migration und Teilhabe“ haben wir gestern im Rat den neuen Lokalen Integrationsplan beschlossen, nachdem er zuvor bereits einstimmig im Internationalen Ausschuss angenommen worden war. Der WIR 2.0 ist der Nachfolger des Lokalen Integrationsplans (LIP) von 2008. Die Überarbeitung des LIP hatten wir vor vier Jahren in Auftrag gegeben, weil „sich die Herausforderungen an das Zusammenleben in der multiethnischen Integrationsgesellschaft geändert“ haben.

Verwaltungsentwurf des Strategiepapiers zum „WIR 2.0“ (Drucksache 0108/2021).

Der nun unter „WIR 2.0“ firmierende Plan enthält Strategien, Ziele und Maßnahme, um die Teilhabe in der hannoverschen Stadtgesellschaft zu fördern. Er wurde in einem zweijährigen Prozess von zahlreichen Akteur*innen der Stadtgesellschaft, darunter Vertreter*innen der Migrant*innen-Communities, erarbeitet.

Der neue Lokale Integrationsplan umfasst Maßnahmen und Zielsetzungen in sechs Handlungsfeldern: Bildung, Soziales, Demokratie, Stadtleben und Kultur, Wirtschaft und Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung. Zusätzlich hat die AG Postmigration themenübergreifend aus der Jugendperspektive Handlungsansätze und Strategien erarbeitet.

Der Maßnahmenkatalog wird unterfüttert von einer Förderrichtlinie WIR 2.0: Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, wie Vereine und Verbände, können Fördermittel beantragen, um damit Projektmaßnahmen aus dem WIR 2.0 umzusetzen. Für die Vergabe der Mittel wurde ein Kuratorium gebildet, das aus Vertreter*innen von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung besteht. Das Kuratorium hat bereits getagt. Ab sofort sind Vereine und Verbände dazu aufgerufen, sich um die Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen zu bewerben.

Bereits in den vergangenen Jahren war das Zusammenwachsen der verschiedenen in der Stadtgesellschaft vertretenen Gruppen zu einem WIR ein wichtiges Ziel; die Festlegung einer Strategie für den Weg dorthin war ein wichtiger Baustein für die Entwicklung des neuen Lokalen Integrationsplans. Der neue „WIR 2.0“ stellt einen weiteren Meilenstein dar – auf dem Weg zu respektvollem und gleichberechtigtem Zusammenleben.

Screenshot mit unserer integrationspolitischen Sprecherin Hülya Iri aus unserem Video zum „WIR 2.0“ vom 29. September.

Solidaritätspartnerschaft mit Mykolajiw

Vor der Sommerpause hatte der Rat unter der Überschrift „Hannover in Solidarität mit der Ukraine“ verschiedene Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, um die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu mildern. So sollte die Zusammenarbeit mit Hannovers Partnerstädten bei Hilfs-

leistungen an die Ukraine intensiviert und zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Ukraine-Hilfe unterstützt werden. Auch eine Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Mykolajiw in der südlichen Ukraine gehörte dazu.

Vor zwei Wochen nun ist diese Solidaritätspartnerschaft besiegelt worden. Im Beisein unserer Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Svenja Schulze, und der Fraktionsvorsitzenden unterschrieben Mykolajiws Bürgermeister Oleksander Synkevych und Hannovers OB Belit Onay am 15. September eine entsprechende Absichtserklärung.

Die Solidarität, die in dieser Partnerschaft ihren formalen Ausdruck findet, wurde zu gleicher Zeit dadurch bekräftigt, dass ein Transport mit 40 Tonnen Hilfsgütern und technischem Gerät auf dem Weg nach Mykolajiw war und zum Zeitpunkt der Unterzeichnung bereits die ukrainische Grenze überquert hatte. Weitere Hilfstransporte folg(t)en.

Hannovers OB Belit Onay (l.) und Mykolajiws Bürgermeister Oleksander Synkevych (r.), unterzeichnen die Solidaritätspartnerschaft zwischen beiden Städten, 15. September 2022. © LHH.

IGS Linden soll umfassend saniert werden

Die Integrierte Gesamtschule Linden soll nun mittels einer umfassenden Sanierung zu einer modernen und barrierefreien Schule entwickelt werden. In den kommenden zwei Jahren sollen zunächst die laufenden Sanierungen abgeschlossen und ein breites Beteiligungsverfahren gestartet werden. Nach dessen Abschluss werden die Planungen für die Umbauten in und an den Bestandsgebäuden beginnen.

Der bisherige Plan eines Neubaus musste verworfen werden, da die Prüfung der zur Verfügung stehenden Flächen und der dort umzusetzenden Neubauvarianten zu dem Ergebnis kam, dass keiner dieser Pläne realistisch und mit einem zu vertretenden zeitlichen und finanziellen Aufwand umzusetzen ist. Geprüft wurden dabei Flächen im unmittelbaren

Die IGS Linden.

Umfeld der Schule, etwa am benachbarten Friedhof, am Lindener Stadion und auf dem Schulgelände selbst, sowie am Fössebad und anderen Standorten im Stadtteil. Entweder sind diese Flächen zu klein oder wegen ihrer Lage ungeeignet, oder sie würden wiederum andere Baumaßnahmen – so am Fössebad oder am Lindener Stadion – erheblich verzögern. Die einzige Option, die genügend Fläche für einen Neubau und wenig Behinderungen bei dessen Umsetzung mit sich bringen würde, wäre die Überbauung des Westschnellweges – den aber wird der Bund in den nächsten Jahren nicht anfassen, zumal es genügend Baustellen an Hannovers Schnellwegen gibt und weiterhin geben wird.

Unser Antrag, die Sanierung der IGS Linden einem Neubau vorzuziehen, konnte vorgestern im Schul- und Bildungsausschuss noch nicht beschlossen werden. Bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses möchten andere Fraktionen noch darüber beraten, sodass erst Ende November der Beschluss fallen kann.

Erste Auszahlungen aus dem Hannoverfonds

Ein gemeinsam gestalteter Bau- oder Zirkuswagen als Winterquartier für die Nordstädter Kindertafel ist das erste große Projekt, das mit den Mitteln des Hannoverfonds finanziert wird. Mit dieser Projektbewilligung, die der Jugendhilfeausschuss am Anfang der Woche beschlossen hat, gehen 22.000 Euro an die Nordstädter Kindertafel. Die möchte einen Bauwagen anschaffen, um auch bei schlechtem Wetter eine Anlaufstelle zu haben. Aktuell treffen sich die Kinder in einem Schulgarten.

Der Hannoverfonds, den wir zum letzten Haushalt beschlossen hatten, unterstützt damit von Armut bedrohte oder betroffene Kinder in einer Zeit, in der Spenden aus vielen Gründen immer mehr zurückgehen.

Facebook-Post vom 8. Juli.

Haushaltsklausur am 4./5. Oktober

Wegen unserer Haushaltsklausur sind die Mitglieder unserer Fraktion am nächsten Dienstag und Mittwoch nicht oder nur sehr schwer zu erreichen. Unsere Fraktionsgeschäftsstelle ist aus dem gleichen Grunde am 4. Oktober nicht und am 5. Oktober erst ab 15 Uhr besetzt.

Über die wichtigsten Ergebnisse unserer Klausur werden wir im nächsten Newsletter berichten, der voraussichtlich am 14. Oktober erscheinen wird.

Eine Stadt für alle.

Impressum:
Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de
Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

SPD
RATSFRAKTION